

Dok-HuF-2011/01

### **Sofortprogramm LehrerInnennachwuchs - Teil II**

Verteiler: BFGA HuF, BASS, ProG ArPlaHuF, ProG LuSt, ProG Soz-Öff

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Hauptvorstand der GEW hat am 13.11.2010 auf meinen Vorschlag den zweiten Teil eines "Sofortprogramms für den Lehrerinnen- und Lehrernachwuchs" beschlossen, das unter dem Motto steht: "Kapazitäten ausbauen, Masterstudium öffnen, Attraktivität erhöhen "Referendariatsplätze erhöhen, Ausbildungsbedingungen verbessern". In der Anlage gebe ich euch und Ihnen diesen Beschluss zur Kenntnis.

Der Beschluss bezieht sich auf die erste Phase der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und ergänzt den entsprechenden Beschluss für die zweite Phase, das "Sofortprogramm für den Lehrernachwuchs: Referendariatsplätze erhöhen, Ausbildungsbedingungen verbessern", das der Hauptvorstand bereits am 12./13. November 2010 in Göttingen beschlossen hat (Dok-HuF-2010/13neu).

Die Beratung des Papiers im Geschäftsführenden Vorstand wurde von einer umfassenden Diskussion über die Umriss einer Positionierung der GEW zur Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung insgesamt begleitet. Ergebnis dieser Diskussion im Geschäftsführenden Vorstand war, dass eine umfassende Positionierung einer eingehenderen Klärung u.a. folgender Fragen bedarf:

- Weiterentwicklung des Referendariats zu einer Berufseinmündungsphase: Voraussetzungen und Ziele,
- Ausgangspunkte, Ziele und Inhalte einer qualitativen Reform der Lehrerinnen- und Lehrerbildung,
- institutionelle Verankerung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung an den Universitäten (Zentrum versus „School of Education“),
- besondere Anforderungen an die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und –lehrer,
- Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität des Lehrerinnen- und Lehrerstudiums und -berufs,
- Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte – Konkretisierung für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung,
- Quer- und Seiteneinsteigerinnen und –einsteiger,
- Anforderungen an die dritte Phase der Lehrerinnen- und Lehrerbildung (berufliche Fort- und Weiterbildung).

Diese Fragen werden von Marianne Demmer, Stephanie Odenwald und mir entsprechend der Geschäftsverteilung des Geschäftsführenden Vorstands mit dem Ziel einer gemeinsamen Positionierung der GEW bearbeitet werden. Am Rande der Hauptvorstandssitzung wurde zusätzlich vereinbart, die Abstimmung mit Personen- und Fachgruppen, die in besonderer Weise an diesen Themen interessiert sind - z. B. Bundesausschuss Junge GEW oder BASS, Bundesfachgruppenausschuss HuF oder die schulischen Fachgruppen - über den KAFGA (Koordinierungsausschuss für Fachgremienarbeit) vorzunehmen.

Mit kollegialen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Andreas Keller". The script is cursive and somewhat informal.

Dr. Andreas Keller

Frankfurt am Main, den 31. März 2011

## **Sofortprogramm für den Lehrerinnen- und Lehrernachwuchs (Erste Phase):**

### **Kapazitäten ausbauen, Masterstudium öffnen, Attraktivität erhöhen**

Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 5. März 2011

Deutschland steuert auf einen massiven Lehrerinnen- und Lehrermangel zu. Nach Prognosen der OECD können nur 60 von 100 der in den Ruhestand tretenden Pädagoginnen und Pädagogen durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Diese Prognosen werden von Berechnungen des Bildungsforschers Klaus Klemm bestätigt, die er im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung vorgenommen hat: Demnach fehlen bis 2020 allein in den fünf norddeutschen Bundesländern jährlich bis zu 3.200 von insgesamt 7.200 benötigten Nachwuchslehrkräften.

Daher schlägt die Bildungsgewerkschaft GEW in Erweiterung ihres Hauptvorstands-Beschlusses vom November 2010 („Refendariatsplätze erhöhen, Ausbildungsbedingungen verbessern“) folgende Maßnahmen eines „Sofortprogramm für den Lehrerinnen- und Lehrernachwuchs“ für die erste Phase der Lehrerinnen- und Lehrerbildung vor.

#### **1. Kapazitäten ausbauen**

Die Studienplätze in der LehrerInnenbildung sind im Zuge eines bedarfs- und nachfragegerechten Ausbaus der Hochschulen auszubauen. Ziel ist, dass alle Studierwilligen ohne Verzögerungen einen Studienplatz erhalten und jährlich 39.000 Einstellungen in den Vorbereitungsdienst bzw. das Referendariat vorgenommen werden können (siehe Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom November 2010. Heute müssen so viele junge Menschen eine Ausbildung aufnehmen können, dass morgen ausreichend Nachwuchs-Lehrkräfte zur Verfügung stehen, um die in den Ruhestand gehenden Kolleginnen und Kollegen zu ersetzen.

Zurzeit nehmen rund 47.000 Studienberechtigte jährlich ein Lehramtsstudiengang auf (2008), rund 29.000 Studierende schließen jährlich ihr Studium erfolgreich mit der Lehramtsprüfung ab (2007). Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen muss demnach auf deutlich über 40.000 angehoben werden, also um mehr als um ein Drittel gesteigert werden.

Um das zu schaffen, brauchen wir nicht nur ausreichend Studienplätze. Darüber hinaus müssen bestehende Hindernisse beim Hochschulzugang und für den erfolgreichen Abschluss eines Studiums beseitigt werden: durch die vollständige Abschaffung von Studiengebühren, den Ausbau und die Weiterentwicklung der staatlichen Ausbildungsförderung, die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und ein leistungsfähiges System der Hochschulzulassung, das sicher stellt, dass tatsächlich alle Studienplätze besetzt werden, bevor Bewerberinnen und Bewerber abgewiesen werden.

#### **2. Masterstudium öffnen**

Mehr Studienplätze und mehr Studienanfängerinnen und –anfänger lösen das Problem des Lehrkräftemangels nicht, solange es Zugangshürden beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium gibt.

Alle Bachelor-Absolventinnen und Absolventen müssen daher das Recht auf ein Masterstudium bekommen – durch die Schaffung ausreichender Studienkapazitäten auch in den Masterstudiengängen und den vollständigen Verzicht auf besondere Zugangsvoraussetzungen für die Zulassung zum Masterstudium, wie sie die KMK-Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen derzeit noch vorsehen. Die GEW fordert den Bund

auf, von seiner Gesetzgebungskompetenz zur Regelung der Hochschulzulassung und der Hochschulabschlüsse Gebrauch zu machen und den freien Zugang zum Masterstudium gesetzlich zu garantieren.

Die GEW bekräftigt ihre Forderung nach einer gleich langen und gleichwertigen Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer – unabhängig von Schulform oder Schulstufe. Das konsekutive Bachelor- und Masterstudium muss daher wie in allen anderen Studiengängen auch in der Lehrerinnen- und Lehrerbildung eine Studiendauer von zehn Semester (300 ECTS-Punkte) umfassen.

### **3. Attraktivität erhöhen**

Der Ausbau der Ausbildungskapazitäten und die Beseitigung von Zugangshürden läuft ins Leere, wenn wir nicht mehr junge Leute für eine Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer begeistern können.

Die Lehrerinnen- und Lehrerbildung an den Universitäten muss daher attraktiver und leistungsfähiger werden: durch eine qualitative Studienreform, eine „Qualitätsoffensive für gute Hochschullehre“ (Beschluss des Hauptvorstands vom 21.06.2008), eine qualifizierte Studienberatung, eine bessere Betreuung der Studierenden durch mehr Lehrende mit besseren Beschäftigungsbedingungen, eine angemessene räumliche, technische und infrastrukturelle Ausstattung der Hochschulen sowie die reibungslose Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen beim Hochschulwechsel. Theoretische und praktische Anteile der Ausbildung müssen von Anfang an miteinander verzahnt und inhaltlich aufeinander bezogen werden. Durch die Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium und der Studienbedingungen kann auch am wirksamsten der hohen Zahl an Studienabbrüchen begegnet werden – und nicht durch bürokratische Zwangsmaßnahmen wie Langzeitgebühren, Studienkonten, Pflichtberatungen und Anwesenheitskontrollen.

Das Image des Lehramtsstudium muss besser, die Attraktivität und Anerkennung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers gesteigert werden – nicht zuletzt durch eine Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrkräfte.

Die GEW lehnt eine Auswahl von Studienbewerberinnen und Studienbewerbern durch die Hochschulen ab und pocht auf das grundgesetzlich garantierte Recht der Studienberechtigten auf Hochschulzulassung. Stattdessen ist eine Selbsteinschätzungscompetenz von Studienberechtigten und eine qualifizierte Beratung zu fördern.